

**Verwaltungsabkommen
zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Beratung
von grundsätzlichen Angelegenheiten der Raumordnung**

Die Bundesregierung,
vertreten durch die Ministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen,
gez. Klara Geywitz

die Regierung des Landes Baden-Württemberg,
vertreten durch die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen,
gez. Nicole Razavi MdL

die Regierung des Freistaates Bayern,
vertreten durch den Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie,
gez. Hubert Aiwanger MdL

der Senat des Landes Berlin,
vertreten durch den Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,
gez. Christian Gaebler

die Regierung des Landes Brandenburg,
vertreten durch den Minister für Infrastruktur und Landesplanung,
gez. Rainer Genilke

der Senat der Freien Hansestadt Bremen,
vertreten durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung,
gez. Dr. Ralph Baumheier

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen,
gez. Karen Pein

die Regierung des Landes Hessen,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen,
gez. Tarek al Wazir MdL

die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch den Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung,
gez. Reinhard Meyer

die Regierung des Landes Niedersachsen,
vertreten durch die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
gez. Miriam Staudte MdL

die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie,
gez. Mona Neubaur MdL

die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz,
vertreten durch den Minister des Innern und für Sport,
gez. Michael Ebling

die Regierung des Saarlandes,
vertreten durch den Minister für Inneres, Bauen und Sport,
gez. Reinhold Jost MdL

die Regierung des Freistaates Sachsen,
vertreten durch den Staatsminister für Regionalentwicklung,
gez. Thomas Schmidt MdL

die Regierung des Landes Sachsen-Anhalt,
vertreten durch die Ministerin für Infrastruktur und Digitales,
gez. Dr. Lydia Hüskens MdL

die Regierung des Landes Schleswig-Holstein,
vertreten durch die Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport,
gez. Dr. Sabine Sütterlin-Waack

die Regierung des Freistaates Thüringen,
vertreten durch die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft,
gez. Susanna Karawanskij

schließen das folgende

Verwaltungsabkommen¹
zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsamen Beratungen
von grundsätzlichen Angelegenheiten der Raumordnung

§ 1 Raumentwicklungsministerkonferenz

(1) Die Beratung über grundsätzliche Angelegenheiten der Raumordnung erfolgt durch die Raumentwicklungsministerkonferenz (Ministerkonferenz).

(2) Mitglieder der Ministerkonferenz sind die in den Ländern und im Bund für Angelegenheiten der Raumordnung zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren sowie Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien.

§ 2 Geschäftsordnung

Die Ministerkonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung, in der die Aufgaben, Arbeitsweise, Organisation und weitere Grundsätze sowie das Verfahren der Ministerkonferenz und ihrer Ausschüsse geregelt werden.

§ 3 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Verwaltungsabkommen tritt am 1. Januar 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Verwaltungsabkommen vom 10. März 2016 außer Kraft.

¹ gemäß Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 05.12.2023